

Repaired Document
Plastic Covered Document

Die Bundesregierung hatte aus der günstigen Entwicklung unserer Außenhandelsbilanz und unserer Devisensituation erfreulicherweise alsbald die Konsequenzen gezogen und die 60prozentige Einfuhrfreiliste, d. h. die Liste der „ohne mengenmäßige Beschränkung einzuführenden Waren“, die nach dem Einfuhrstopp vom Februar 1951 nicht mehr zur Anwendung gekommen war, mit Wirkung vom 1. 1. 1952 in neuer Fassung wieder eingeführt. Im weiteren Laufe des Jahres wurde die Liberalisierung dann zunächst von 60 auf etwa 70 Prozent (ab 1. 4. 1951) und schließlich ab 12. 8. auf etwa 80 Prozent erhöht. Außerdem wurde die Liberalisierung durch entsprechende Ausdehnung auf Länder, die der EZU an und für sich nicht zugehören, aber über sie verrechnen (wie Australien, Neuseeland, Südafr. Union, Ceylon, Indien, Pakistan, Burma), erweitert.

Die Befürchtungen, die man an diese großzügige Liberalisierung geknüpft hatte, erwiesen sich als grundlos. Der erwartete Einfuhrstopp blieb aus; im Gegenteil, statt einer Einfuhrüberschwemmung trat eine Ebbe ein und während man im Vorjahre das Anwachsen der Einfuhr mit Besorgnis verfolgt und den Import zeitweise gewaltsam gedrosselt hatte, wurde im Ablaufe des Berichtsjahres mit fast der gleichen Besorgnis der ständige Rückgang unserer Einfuhr trotz der vorgenommenen Liberalisierungsmaßnahmen betrachtet. Im einzelnen ergab sich folgendes Bild.

Nachdem im letzten Quartal 1951 und im 1. Quartal 1952 die zwangsweise Verminderung der Vorperiode wieder ausgeglichen war und ein Einfuhrvolumen von 343 Mill. \$ im Monatsdurchschnitt erreicht worden war, trat seit April ein starker Abfall ein, der im Juni mit 286 Mill. \$ seinen Tiefpunkt erreichte und auch in den folgenden Monaten nicht durch den erhofften Anstieg abgelöst wurde. Diese Entwicklung konnte insofern besorgniserregend erscheinen, als sie angesichts des Steigens der deutschen Produktion nur auf Kosten unserer Lagerbestände an Rohstoffen und Halbwaren erfolgt sein kann, die auf diese Weise unter die als normal anzusehende volkswirtschaftliche Dispositionsreserve abgesunken sind. Die Ursache dieser stark rückläufigen Tendenz der Importe war zweifellos die allgemeine Entwicklung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Industrie und Handel legten sich in Erwartung weiterer Preissenkungen und im Hinblick auf die offensichtlich gewordene Kaufzurückhaltung auf dem inländischen Konsumgütermarkt eine ungewöhnliche Reserve auf.

Es dürfte allerdings auch nicht leicht sein, in der Vergangenheit eine ähnliche Zeitspanne festzustellen, in der das allgemeine Weltpreisniveau derart große Schwankungen erlebt hat, wie während der beiden letzten Jahre, die seit der Invasion Südkoreas vergangen sind. Der wilde Hausschloß sich seit über einem Jahr eine zwar weniger scharfe, aber um so länger anhaltende Baisse an, die die Preise der wichtigsten Weltmarkt-güter allmählich wieder bis auf das Vor-Korea-Niveau zurücksinken ließ. Erhebliche Verluste des Importhandels blieben unter diesen Umständen nicht aus. Sie hätten zu einem großen Teil vermieden werden können, wenn der westdeutsche Einfuhrhandel, wie vor dem Kriege, die Möglichkeit gehabt hätte, im Waren-terminmarkt seine Rohstoffimporte abzudecken. Erst nach wiederholten Bemühungen des Importhandels, die zunächst mit dem Hinweis auf die ungeklärte Devisenlage von der BfL abschlägig beschieden waren, wurde Anfang September mit Runderlaß Außenwirtschaft 96/52 dem Importhandel und den industriellen Erstverarbeitern grundsätzlich die Erlaubnis gegeben, Termingeschäfte an bestimmten ausländischen Börsen abzuschließen. Möglich sind Termingeschäfte bisher aber erst für Baumwolle in der New Yorker und der New Orleans Cotton Exchange sowie für Wollkammwolle in Antwerpen und Roubaix, während für Zinn und Kautschuk die entsprechenden Anordnungen in diesen Wochen erwartet werden. Die Abwicklung der Waren-termingeschäfte erfolgt über die Außenhandelsbanken unter Aufsicht derjenigen Landeszentralbank, die mit der Überwachung beauftragt worden ist.

Die Entwicklung der Einfuhrsituation Westdeutschlands hatte eine entsprechende Entspannung und Lockerung der Einfuhrverfahren zur Folge. Während im Vorjahr über die verschiedenen Genehmigungsverfahren und deren Handhabung, die Möglichkeiten ihrer Verbesserung zwecks Erreichung eines wirklich marktkonformen Einkaufs auf den Weltmärkten heftig gestritten und vergeblich versucht wurde, dem Problem der starken Überzeichnungen und der damit verbundenen minimalen Zuteilungsquoten wirksam zu Leibe zu rücken, fanden alle diese Fragen mit der inzwischen eingetretenen Sättigung der betreffenden Warenmärkte — vielleicht abgesehen von einigen wenigen Artikeln, wie Textilwaren, Wein, — ihre beste und einfachste Lösung. Geblieben ist lediglich das Problem einer evtl. Begrenzung des Kreises der Antragsteller. Dadurch daß das Einfuhrgeschäft nur von wirklich fachkundigen und erfahrenen Firmen ausgeübt werden soll, hofft man, qualitativ besser und devisensparender auf den Weltmärkten einkaufen zu können, als dies bisher oft der Fall gewesen ist. Obwohl gerade auch in Kreisen der Hamburger Einfuhrwirtschaft sich manche Sparten behaft für diesen Gedanken eingesetzt haben, ist er von den Hanseatischen Kammern nach sorgfältiger Prüfung grundsätzlich abgelehnt worden.

Der Hamburger Transithandel, vor dem Kriege ein wichtiger devisenbringender Zweig unseres Außenhandels, der trotz der geringen Margen für den mit ihm vertrauten Kaufmann sehr lukrativ sein könnte, liegt noch immer völlig darnieder. Holland, Belgien, insbesondere London haben in den Jahren nach der Kapitulation das Erbe Hamburgs auf diesem Gebiet angetreten. Der Transithandel braucht für sein Gedeihen die Luft der freien Weltwirtschaft. Dafür fehlen heute noch vielfach die Voraussetzungen. Aber die bisherigen deutschen Bestimmungen für den Transithandel waren gewiß nicht dazu angetan, dieses Geschäft auch nur im bescheidenen Ausmaße wieder nach Hamburg zu ziehen. Der Importausschuß hat daher seit langem dafür plädiert, ein möglichst freizügiges Verfahren einzuführen und vor allen Dingen den Transitbetriebsmittelfonds umgehend zu genehmigen. Die wiederholt von der Regierung in Aussicht gestellte Transitverordnung liegt aber zur großen Enttäuschung der Transithändler immer noch nicht vor. Die neue Verordnung soll es ermöglichen, für bestimmte Warengruppen endlich wieder Meinungskäufe durchzuführen, auf die der Transithandel, dessen Wesen nun einmal in der schnellen Dispositionsfähigkeit besteht, angewiesen ist, um Käufe auch ohne vorherigen Nachweis eines Verkaufes tätigen zu können. Der Transithandel erkennt nicht die Schwierigkeiten in Bezug auf Länder, mit denen Handelsverträge mit Zahlungsabkommen und Kontingente bestehen. Unsinnig aber erscheint ihm eine Aufrechterhaltung einer Vorprüfung von Transitgeschäften, die über Länder ausgeführt werden, mit denen keine Zahlungsabkommen und Kontingentierungen bestehen.

Binnenhandel

Stagnation, aber keine krisenmäßige Entwicklung dürfte das Kennzeichen für die Lage im Hamburger Binnengroß- und -einzelhandel für das abgelaufene Jahr sein. Im innerdeutschen Geschäft kommt immer stärker der Zug zur Normalisierung zur Geltung. Trotz der allgemeinen Klagen nahezu aller Handelskreise über die schlechte Geschäftslage auf dem Konsumgütersektor haben sich die Umsätze als solche im großen und ganzen auf der Höhe des Vorjahres gehalten oder sie gar überstiegen. Das geschäftliche Ergebnis selbst dürfte

aber bei
schneide
Konkurre

Nach
ersten M
um 11 I
letzten
Steigeru
der durc
kurzen
wie in
Immerh
dort, w

Da
zumal d
raten, o
fanges, s
in seine
wesentl
gunsten
reform,
„Reisew

Der
gebnisse
rigen So
billige /
der Käu
haltswä
den. Des

Bei
August,
als auff
saisonale
der Abs:
Vorjahr

Die
um rünc
menten
durch ei
Jahr ein
gebende
Anstieg
Sparkass
Teilzahl

Die
des Einz
darfs erl
fristige
Herbstm
messe ei
Eisenwa

Das
erheblich
haben; i
keit der
hat sich
sich heu
zweimal

Im
während
Fasern u
im letzte
kleiner t
allgemei
pende Z

Die
sich nich
ungenü
Bleichen
Auswirk
und Schr

Im
stark na
im Zeich
ellen Ko